

„Über den Parteien“

Richard von Weizsäcker und das Erbe des Obrigkeitsstaats

Prof. Dr. Hagen Schulze, geb. 1943, in Tanger/Marokko,
Studium der Politischen Wissenschaft und Geschichte in Bonn und Kiel,
lehrt Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr München.

Parteien, da spricht unser Bundespräsident laut Aliensbach fast 90 Prozent der deutschen Bevölkerung aus der Seele, Parteien sind eine ärgerliche Sache. Sie sind „machtversessen“, meint Richard von Weizsäcker, sie haben den Auftrag des Grundgesetzes, an der politischen Willensbildung mitzuwirken, ganz ungebührlich ausgeweitet und den Staat zum Instrument ihrer Machtinteressen verkommen lassen. Folgt man dem Bundespräsidenten, dann ist es wie mit dem Hasen und dem Igel - wohin man auch kommt, die Parteien sind immer schon da, auch wenn man gar nicht mit ihnen rechnet. Alle gesellschaftlichen Einrichtungen sind parteienverseucht, bis hin zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, und selbst die Staatsverwaltung kann sich auf ihre Parteienferne oft wenig zugute halten. Und auf der anderen Seite - wie mittelmäßig ist doch das Personal, das uns die Parteien zur Bekleidung der Staatsämter präsentieren! Kleinkariertes Zank und Schielen nach Wählerstimmen, wo doch politische Vision und geistige Führung gefordert sind!

Wie richtig das alles im einzelnen ist, und wie falsch im ganzen. Die Kritik an den Parteien ist nichts Neues, und gerade in Deutschland hat sie eine besondere Tradition. Parteien sind im Laufe des 19. Jahrhunderts entstanden. In ihnen organisierten sich die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen und Weltanschauungen unter dem Druck der industriellen Revolution und der neuen, unerhörten Herausforderungen der modernen Zeit. In den parlamentarischen und demokratischen Staatswesen Westeuropas und Amerikas traten diese Parteien frühzeitig in die politische Verantwortung ein; ihr Kampf um die Regierungsmacht unter demokratischen Spielregeln war und ist bis heute eine Spiegelung der verschiedenen gesellschaftlichen Interessen in Wirtschaft und Gesellschaft, und die Erfolgsgeschichte der parlamentarisch-demokratischen Regierungsweise liegt gerade darin begründet, daß auf diese Art die gesellschaftlichen Gegensätze sich frei, aber kontrolliert im politischen Mächtefeld entfalten können. Denn es gehört ebenfalls untrennbar zu dieser Erfolgsgeschichte, daß die Parteien dabei strengen Spielregeln unterliegen, die dafür sorgen, daß jede Regierung ihre Opposition besitzt, und daß der Machtwechsel zwischen den Parteien möglich ist. Der Staat des demokratischen Parlamentarismus ist unvermeidlicherweise ein Parteienstaat; ohne das Wechselspiel der Parteien gibt es keine Demokratie.

In Deutschland allerdings verlief die Geschichte der Parteien etwas anders. Auch hier entfalteten sich im Laufe des vergangenen Jahrhunderts liberale, konservative, sozialistische und christliche Parteien, aber weil sie im deutschen Obrigkeitsstaat bis zur Revolution von 1918 von der staatlichen Macht ausübung ferngehalten wurden und auch selbst wenig Interesse an der Regierungsbeteiligung besaßen, widmeten sie sich nicht ihrem eigentlichen Daseinszweck, nämlich der parlamentarischen Mehrheits- und Regierungsbildung, sondern den ideologischen Programmen, der Sinnstiftung und Wahrheitsverkündung. Jede Partei berief sich auf hehre weltanschauliche Grundlagen, wählte sich zuständig für das Ganze, war ihren Mitgliedern eher Ersatzkirche denn Interessenvertretung, und das, was das Grundgesetz heute als „Mitwirkung an der politischen Willensbildung“ umschreibt, geriet zur politischen Predigt - denn wenn die Parteien schon nicht mit der Macht befaßt waren, wollten sie doch wenigstens Wahrheiten verkünden.

Den Staat dachte man sich ganz anders. Er hatte nach allgemeiner Auffassung mit den Parteien nichts zu tun, er stand, wie es ständig hieß, „über den Parteien“ und den von ihnen vertretenen Partikular-Interessen und war angeblich für das Interesse der Allgemeinheit zuständig. Tatsächlich war die staatliche Überparteilichkeit reine Ideologie. Dieser Staat nahm in hohem Maße die Interessen der alten Eliten, namentlich des landbesitzenden Adels, aber auch des Industrie- und Bildungsbürgertums wahr, während sowohl die Arbeiterschaft als auch die vielen nationalen, regionalen und konfessionellen Minderheiten benachteiligt wurden. Der Staat nahm in Wirklichkeit selbst Partei, eine Partei allerdings ohne kontrollierendes Gegengewicht.

So kam es, daß das erste demokratische Experiment der Deutschen, die Republik von Weimar, so jämmerlich zugrunde ging; denn der demokratische Parteienstaat, der nach der Kriegsniederlage von 1918 ans Licht trat, war den Deutschen nicht geheuer. Das Schlagwort vom „Parteienstaat“ als einem unfunktionellen Gewirr eigenstüchtiger Interessen, den es deswegen zu überwinden galt, machte das erstemal in Deutschland die Runde. Die prinzipielle Parteienkritik erleichterte es den deutschen Bürgern, Abstand von der Politik überhaupt zu halten und sich dem Absoluten und dessen Verwirklichung im irdischen Alltag zuzuwenden, der Sehnsucht nach dem Friedensreich auf Erden, in dem die Gegensätze der Parteien sich vereinen und das Gute ein für allemal den Sieg davonträgt, in dem das kritische, zweifelnde Denken verstummt und das einsame Ich endgültig in einem emphatischen Wir verschmilzt.

Die Politik- und Parteienverdrossenheit wiederum veranlaßte die Parteien dazu, ihre ideologischen Banner hochzuhalten und mehr sein zu wollen als „nur“ Parteien. Verachtung der Politik, des grauen, alltäglichen Geschäfts des Interessenausgleichs, Scheu vor der pragmatischen Verschmutzung von Idealen durch den politischen Kompromiß, die Prämierung von Prinzipienfestigkeit, Grundsatztreue und rücksichtsloser Konsequenz gegenüber dem demokratischen Ausgleich, der stets und von vornherein als „faul“ gedacht

wird und in die Nähe von „Kuhhandel“, wenn nicht von „Verrat“ rückt: das war das Klima des ersten deutschen Parteienstaats. Partei wurde zum Schimpfwort, und der Journalist Rudolf Olden notierte: „Jeder Friseur, der Nationalisten und Monarchisten frisiert, nennt sich überparteilich.“ In Krisenzeiten verfestigte sich dieses Ressentiment, denn jetzt ließ sich das schwierige und unübersichtliche Gefilde der Politik auf einfache Formeln bringen: die Parteien, die waren schuld, und am erfolgreichsten war der Demagoge, der die Parteien mit eisernem Besen aus Deutschland herauszukehren versprach: Adolf Hitler.

Im Verlauf der vergangenen vierzig Jahre dagegen hieß in Westdeutschland Demokrat sein, erfolgreich zu sein, und in diesem neuen Klima demokratischer Stabilität konnte ein Parteienstaat entstehen, der westlichen Vorbildern immer ähnlicher wurde. Mehrheitsbildung, Regierungsbildung, Machtwechsel durch die Parteien funktionierten ausgezeichnet, die Ent-Ideologisierung und der politische Pragmatismus der Parteien machte Fortschritte, und nicht zuletzt aus diesem Grund konnte sich die Bundesrepublik Deutschland als unbestrittenes Mitglied im Kreis der westlichen Nationen fühlen. Aber es gab immer Skeptiker, die darauf verwiesen, daß die Bundesrepublik bisher eine Schönwetter-Demokratie gewesen ist; würden die demokratischen Strukturen auch einer Krise gewachsen sein?

Die Krise hat nun begonnen; die Lasten der deutschen und europäischen Vereinigung drücken schwer auf die Gemütsverfassung der Deutschen, und wie in allen Krisen sind Sündenböcke gesucht. Daß Links- wie Rechtsradikale nach bereits einmal bewährtem Muster auf die Parteien eindreschen und die Demokratie meinen, kann nicht überraschen, zumal die Schwachstellen unserer Parteien deutlich zutage treten; Selbstbedienungsmentalität, miserable Führungsauslese, Ämterpatronage sind ärgerliche und kritikwürdige Auswüchse — aber eben Auswüchse, die kuriert werden müssen, damit dieser Parteienstaat das bleibt, was er in bald einem halben Jahrhundert geworden ist: eine blühende, funktionierende Demokratie, gewiß mit Licht und Schatten, in vielem miserabel und ärgerlich, aber der beste Staat, den die Deutschen je hatten.

Und da ist es wenig hilfreich, wenn der Bundespräsident auf seine elegante, leise, dialektische Art den Stammtischpolitikern Munition für ihren Kampf gegen diesen Parteienstaat liefert, indem er in alte, obrigkeitsstaatliche Argumentationsmuster zurückfällt. Nein, die Parteien müssen genau das tun, was der Präsident ihnen ankreidet: Sie müssen das mißliche, graue, alltägliche Geschäft des Machterwerbs und des Machterhalts betreiben, auch wenn das die ästhetischen Bedürfnisse intellektueller Beobachter nicht immer zufriedenstellt. Und die Parteien müssen der Aufforderung Richard von Weizsäckers entschieden widerstehen, den Bedarf der Gesellschaft nach Orientierung, Vision und großen Zielen zu befriedigen. Dazu sind die Dichter und Denker da, die Pastoren und Pfarrer, die Zeitungsredakteure und Rundfunkjournalisten, aber ganz sicher nicht die Politiker. Die Zeit, da die Parteien sich als Ersatz-

kirchen gaben, ist ebenso endgültig überwunden wie der vordemokratische, der „überparteiliche“ Obrigkeitsstaat, für den unser Bundespräsident gelegentlich eine leichte Vorliebe zu hegen scheint.